

Antrag 2025/I/Teilh/6

Kreis Mitte

Ernsthaft Demokratie fördern?! Jetzt: Ein Landesintegrationsrat für Hamburg

- 1 Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat und die SPD- Bür-
- 2 gerschaftsfraktion beschließen: Die SPD Hamburg und der Senat werden aufgefordert, den
- 3 Landesintegrationsbeirat demokratisch zu stärken, indem seine Antrags- und Anhörungsrech-
- 4 te ausgeweitet werden.

5 Begründung

- 6 Hamburg verfügt bereits über bewährte Strukturen zur Einbindung von Zivilgesellschaft und
- 7 Ehrenamt. Seit 2006 hat sich der ursprüngliche Ausländerbeirat zu einem beratenden Gremi-
- 8 um weiterentwickelt, dessen Mitglieder nun wieder über die Bezirksversammlungen benannt
- 9 werden. Dabei ist hervorzuheben, dass die derzeitigen Mitglieder des Landesintegrationsbei-
- 10 rats politischer und aktiver agieren als je zuvor. Ihr Engagement und ihre Bereitschaft, die Inter-
- 11 essen der Communities mit Nachdruck zu vertreten, sollten gewürdigt und durch eine Erwei-
- 12 terung ihrer Rechte unterstützt werden. Der Landesintegrationsbeirat spielt eine zentrale Rolle
- 13 für Demokratie und Teilhabe in der Integrationspolitik Hamburgs. Um seine Arbeit effektiver zu
- 14 gestalten, wurde die Vernetzung zwischen dem Landesintegrationsbeirat und den bezirklichen
- 15 Integrationsbeiräten zuletzt gestärkt. Bedauerlicherweise ist jedoch die basisdemokratische
- 16 Wahl durch Migrantenselbstorganisationen (MSO) im Zuge der Reform entfallen, was den Ein-
- 17 fluss der Communities verringert hat. Zusammengefasst hat der Beirat eine beratende Rolle als
- 18 „Stimme der Communities“, ohne jedoch bindende Entscheidungsbefugnisse zu besitzen. Sei-
- 19 ne Wirkung entfaltet sich durch die fachliche und gesellschaftliche Begleitung der politischen
- 20 Prozesse. Das soll sich nun ändern. Während die bezirklichen Integrationsbeiräte ihre beraten-
- 21 de Funktion beibehalten, soll der Landesintegrationsbeirat das Recht erhalten, eigene Anträge
- 22 an den Senat und zuständige Behörden zu stellen sowie Anhörungen zu initiieren. Damit folgt
- 23 Hamburg einer Praxis, die bereits in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Berlin,
- 24 München und Bremen ihren kommunalen Integrationsbeiräten durch weitergehende Rechte
- 25 ermöglicht wurde. Dadurch hätten die Akteure in den bezirklichen Beiräten künftig die Mög-
- 26 lichkeit, ihre Anliegen und Bedürfnisse über den Landesintegrationsbeirat einzubringen. Die
- 27 Erweiterung seiner Rechte würde es dem Beirat ermöglichen, als Rat zu agieren, noch aktiver
- 28 an politischen Entscheidungen mitzuwirken und seine Position zu gesellschaftlich relevanten
- 29 Themen im Sinne der Demokratieförderung nachhaltig zu stärken und aufzuwerten.